

Planwirtschaft!

Frieder:

Der Weg zur sozialistischen Planwirtschaft **RM. 0.75**

Kurt Mendelsohn:

Kapitalistisches Wirtschaftschaos oder sozialistische Planwirtschaft . . . kart. **RM. 0.75**

Soeben erschienen:

Gregor Bienstock:

Deutschland und die Weltwirtschaft
Leinenband **RM. 3.80**, kart. **RM. 2.80**

Karl Renner:

Wege der Verwirklichung
Gebunden **RM. 3.—**, kart. **RM. 2.30**

Fritz Naphtali:

Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit **RM. 0.25**

Die glänzendste Satire der Gegenwart
findest Du in dem hochaktuellen Witzblatt

„Der wahre Jacob“

Für nur **15 Pfennig** sollte es jeder Freiheitskämpfer halten.

Und für die kämpfende Frau für wenig Geld die prächtig, mit vielen praktischen Moden ausgestattete

„Frauenwelt“

Sie ist **das** Blatt der proletarischen Frau.
Preis 30 Pfennig

J. H. W. Dietz Nachf. GmbH., Berlin SW. 68



**Du und ich
WIR
bauern
auf!**

Du

und

Ich:

Wir bauen auf!



1932

Verlag: J. H. W. Dietz Nachfolger G. m. b. H., Berlin SW. 68
Druck: Vereinsdruckerei E. G. m. b. H., Heilbronn am Neckar
Text-Zusammenstellung: Eugen Prager, Berlin

1012A FEB 1932

der Friedrich-Schubert-Stiftung

Du und ich,

deine Nachbarn und Freunde, Millionen von Frauen und Männern, alle klagen wir über unsere große Not. Die Geschäfte gehen schlecht. Steuern, Abgaben und Mieten erdrücken uns. Unaufhörlich sinken die Löhne und Gehälter. Und doch ist glücklich zu preisen, wer noch in Arbeit, im Beruf steht. Am schlimmsten geht es den vielen Millionen von Arbeitslosen, Alten und Kranken, Schwachen und Hilfsbedürftigen. Die Unterstützungen und Renten gehen immer weiter zurück, sie reichen in den meisten Fällen kaum noch zur Stillung des größten Hungers.

Und Tag um Tag die gleiche Frage: Woher kommt die Not, wie können wir sie beseitigen?

Gute Zeiten für Sterngucker, religiöse Wunderprediger und politische Abenteurer! Sie alle versprechen euch das Paradies auf Erden, die Seligkeit im Himmel, oder alle Herrlichkeiten eines Dritten Reichs, wenn ihr ihnen Folge leistet. Und während es euch immer schlechter geht, können sich diese Hellsäher Billen, Schlösser und kostbare Wohnungen kaufen, in den vornehmsten Autos umherfahren und ganze Armeen in teure Uniformen einleiden.

Woher kommt die Not?

Die Sozialdemokratische Partei hat niemals den Glauben an Wunder zu wecken gesucht oder unerfüllbare Versprechungen gemacht. Auf die Frage: woher kommt die Not? antwortet die Sozialdemokratie:

Unser Not ist eine Folge des furchtbaren Weltkriegs, der dem deutschen Volk zwei Millionen Tote, viele Millionen Krüppel, Witwen und Waisen gekostet hat. Der Krieg hat 150 Milliarden Mark in Gold verschlungen. Die kaiserlichen Staatsmänner und Generale, durch deren Schuld der Krieg verloren ging, haben dem deutschen Volk das furchtbare Erbe der wirtschaftlichen Verwüstung und der Reparationen an die Sieger hinterlassen.

Und was der Krieg noch übrig gelassen hat, das vernichtete die Geldwertung, die zwar eine Folge der Finanzwirtschaft im Kriege war, aber auch von den großen Kapitalisten bewußt gefördert und verlängert worden ist. Die Inflation brachte der Schwerindustrie und dem Großgrundbesitz riesige Gewinne auf Kosten der arbeitenden Klassen und des Mittelstandes.

Nach der Zeit der Erholung bis zum Jahre 1930 brach die entsetzliche Wirtschaftskrise über Deutschland herein. In den guten Jahren ist von den bürgerlichen Regierungen und den Unternehmern das wieder anwachsende Volksvermögen geradezu verschleudert worden. Die Betriebe wurden zum großen Teil in schwindelhafter Weise aufgebläht; es war keinerlei Vorsorge für kommende schlechtere Zeiten getroffen worden.

Zusammenbruch, wohin wir blicken

Es ist falsch, das „System“, nämlich die demokratische Republik, für alles das verantwortlich zu machen. Die Wirtschaftskrise hat ihre Ursachen in der kapitalistischen Ordnung, die in Wirklichkeit eine Unordnung ist. Die Wirtschaftskrise beschränkt sich auch nicht auf Deutschland. Sie wütet ebenso in den Staaten, die den Krieg verloren haben, wie in den anderen Staaten, die aus dem Weltkriege als Sieger hervorgegangen sind.

Riesige Arbeitslosigkeit, Zusammenbrüche über Zusammenbrüche, steigendes Elend in den Vereinigten Staaten von Amerika, dem reichsten Lande der Welt, in das nach dem Kriege ungezählte Goldmilliarden zusammengefloßen sind. Die gleichen Erscheinungen in Italien, wo die Volksmassen in bitterer Not leben, nachdem ihnen der Faschismus, das Vorbild für die deutschen Nationalsozialisten, goldene Berge und alles Glück auf Erden versprochen hatte. England, das Mutterland der Industrie, Jahrhunderte lang der Bankier der Welt, windet sich unter den gleichen Krisenerscheinungen wie Deutschland. In Rußland, das eine bolschewistische Diktatur hat, wird ein Staatskapitalismus auf dem Hungerdasein des Proletariats aufgebaut.

Die Weltwirtschaftskrise und die deutsche Krise sind das Ergebnis der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Wer die Krise beseitigen will, muß also dem kapitalistischen Wirtschaftssystem zu Leibe gehen. Die kapitalistische Wirtschaft arbeitet nur für den Profit des Kapitalbesitzers, ihr ist das Wohlergehen der Menschheit Nebensache.

Wie wollen die sozialistische Gesellschaft!

In die Stelle dieses Systems muß eine höhere Ordnung treten, die sozialistische Gesellschaft. Der Sozialismus will in den Mittelpunkt allen Geschehens den arbeitenden Menschen stellen. Nicht der Profit, sondern der Mensch mit seinen Bedürfnissen soll entscheidend für die Erzeugung und Verteilung aller Güter sein.

Noch nie war die Zeit für den Uebergang von der kapitalistischen Unordnung zur sozialistischen Ordnung so günstig wie gerade jetzt. Der Erzeugungsapparat ist intakt geblieben, die Lager an Rohstoffen und Waren sind übervoll. Es fehlt nur die Ausführung des Planes, nach dem Erzeugung und Verteilung zum Wohle der Menschheit in das richtige Verhältnis gebracht werden.

Die Sozialdemokratische Partei zeigt euch den Weg, der jetzt gegangen werden muß. Sie bringt keine Zaubersprüche, sie stellt keine unerfüllbaren Forderungen auf. Was die Sozialdemokraten verlangen, das kann sofort durchgeführt werden, wenn der Wille der werktätigen Massen dahintersteht.

Die einzelnen Forderungen der Sozialdemokratie zum Umbau der Wirtschaft und damit zur Beseitigung der Not sind in einer Anzahl von Gesetzesentwürfen enthalten, die die Sozialdemokratische Fraktion im Reichstag eingebracht hat. Sie befinden sich in Übereinstimmung mit dem von den Freien Gewerkschaften entworfenen Wirtschaftsprogramm. Durch die Auflösung des Reichstags sind diese Gesetzesentwürfe nicht mehr zur Beratung und zur Abstimmung gekommen. Sie werden aber sofort von neuem eingebracht, sobald der Reichstag seine Arbeiten wieder beginnt. Wir geben im folgenden die wichtigsten Einzelheiten aus diesen Gesetzesentwürfen wieder.

Prüft die sozialdemokratischen Forderungen sorgfältig und legt euch die Frage vor: Verlangen die Gesetzesentwürfe der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion etwas Unmögliches, würde ihre Ausführung auf Schwierigkeiten stoßen? Ihr werdet mit uns antworten: Nein, in ihnen ist nichts enthalten, was nicht den Interessen der werktätigen Massen entspräche, und was nicht sofort zu verwirklichen wäre. Wer sich ihrer Erfüllung widersetzt, der entlarvt sich damit selbst als Feind und Schädling des Volkes!

Wie fordern: Umbau der Wirtschaft:

Um den Uebergang von der planlosen Gewinnwirtschaft zur planmäßigen Gemeinwirtschaft anzubahnen, müssen eine Reihe von Umbaumaßnahmen durchgeführt werden. Zuerst hat die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und der subventionierten Unternehmungen, der Großbanken und der Versicherungen, die Vereinheitlichung der Elektrizitätswirtschaft, sowie die Enteignung des Großgrundbesitzes zu erfolgen. In Verbindung damit sollen mehrere Staatsmonopole geschaffen werden. Um diese Maßnahmen einheitlich und planmäßig durchzuführen, wird eine Planstelle eingerichtet, die die einheitliche Führung der Wirtschaft und das reibungslose Zusammenarbeiten aller Wirtschaftsglieder sichert, und dazu die Verstaatlichung weiterer Wirtschaftszweige vorbereitet. Diese Arbeit darf nicht allein der staatlichen Bürokratie übertragen werden, sondern an ihr müssen die Arbeitnehmer, also die Arbeiter, Angestellten und Beamten, entsprechend ihrer Bedeutung für das gesamte Wirtschaftsleben beteiligt werden. Das gilt vor allem bei der Schaffung der öffentlichen Einrichtungen für die Planwirtschaft und bei der Führung der verstaatlichten Wirtschaftszweige.

Wie fordern: Verstaatlichung der Schlüsselindustrien!

Die Sozialdemokratie verlangt zuerst die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, des Bankwesens und des Versicherungsgewerbes. Den Ausdruck Schlüsselindustrien wendet man deshalb an, weil es sich bei diesen Industrien um den Schlüssel, die Grundlage für die Gesamtwirtschaft des Landes handelt. Die Verstaatlichung soll insbesondere die privaten Unternehmungen des Bergbaus, der Eisenindustrie, der sonstigen Metallgewinnung, der Großchemie, der Zementindustrie umfassen. Wer wollte daran zweifeln, daß diese Industrien für die Verstaatlichung schon längst reif sind? Bei ihnen spielt die private Initiative des Kapitalbesizers, der ehemals so viel gerühmte Agentur des Unternehmers, nur noch eine untergeordnete Rolle. Die technischen Erfindungen und Verbesserungen, ihre Verwendung in den Betrieben geht nicht von den Unternehmern, sondern von den Technikern, Ingenieuren, Chemikern, Angestellten und Arbeitern aus.

Die Besitzer der Großunternehmungen in diesen Industrien kümmern sich noch nicht einmal um die Leitung der Betriebe.

Den Unternehmer im alten Sinne kennt man hier überhaupt nicht mehr. Er ist zum Kapitalisten geworden, der mit den Aktien an der Börse spekuliert und nur darauf bedacht ist, hohe Dividenden zu erhalten und an den Kurzen zu verdienen. Aber selbst der einzelne Kapitalist wird immer mehr ausgeschaltet, die Großbanken beherrschen das Kapital in den Schlüsselindustrien, ohne daß sie an den Unternehmungen ein anderes Interesse hätten, als die Erzielung großer Gewinne. Wenn man alle diese Parasiten der Wirtschaft beseitigt, so wird sich an dem Wesen der Schlüsselindustrien nicht das geringste ändern.

Ähnliches gilt für die subventionierten Unternehmungen, die nach der Forderung der Sozialdemokratie gleichfalls verstaatlicht werden sollen. Hier handelt es sich um diejenigen Betriebe, die aus Reichs- oder anderen Mitteln unterstützt werden. Indem diese Unternehmungen die Öffentlichkeit um Hilfe anriefen, haben sie selbst eingestanden, daß sie für die Verstaatlichung reif sind. Die Subventionen sind stets mit der Begründung gefordert und gegeben worden, daß ein öffentliches Interesse für die Erhaltung der Unternehmungen und die Beschäftigung der Arbeiter und Angestellten vorliege. Das öffentliche Interesse erfordert also, daß der Staat die Unterstützungen nicht verschenkt, sondern dafür sorgt, daß sie richtig verwendet werden. Man braucht also jetzt nur noch einen Schritt weiter zu gehen, und diese Betriebe dem Staat zu übereignen.

Noch eine andere Industrie kann ohne Schwierigkeit verstaatlicht werden. Das ist die Elektrizitätswirtschaft, deren Vereinheitlichung die sozialdemokratische Reichstagsfraktion fordert. Schon heute befinden sich zahlreiche Unternehmungen zur Erzeugung von Elektrizität im Besitz des Staates oder der Gemeinden, auf andere Unternehmungen haben die öffentlichen Körperschaften durch Kapitalbeteiligung maßgebenden Einfluß. Sie arbeiten fast ohne Ausnahme in vorbildlicher Weise. Es ist nun Zeit, daß die gesamte Elektrizitätswirtschaft nicht nur verstaatlicht, sondern auch unter Leitung einer Reichsstelle vereinheitlicht und planmäßig ausgebaut wird. Für die private Gewinnjucht darf bei der Elektrizitätswirtschaft ebenso wenig Raum sein, wie bei der Versorgung der Bevölkerung mit Wasser und Gas!

Wie fordern: Verstaatlichung des Bank- und Versicherungsgewerbes!

Das Bankgewerbe soll der Aufsicht und Führung durch das Reich unterstellt werden: das ist eine andere Forderung der Sozialdemokratie. Die deutschen Großbanken sollen verstaatlicht und zu einer deutschen Staatsbank zusammengeschlossen werden. Zu diesem Zweck wird ein Bankennamt errichtet, das die Verstaatlichung der Großbanken durchführt, Vorschläge über weitere Verstaatlichung von Banken macht und Vor Sorge dafür trifft, daß die Lenkung des Kapitals im Interesse der Gesamtwirtschaft erfolgt. Zur Verstaatlichung reif sind die Dresdner Bank, die Deutsche Bank und Diskonto-Gesellschaft, die Commerz- und Privatbank, die Berliner Handelsgesellschaft und die Allgemeine Deutsche Creditanstalt. Schließlich sollen auch alle Privatunternehmungen, die Versicherungsgeschäfte betreiben, verstaatlicht werden.

Erinnert ihr euch noch an den Sommer 1931, wo die deutschen Großbanken zusammenbrachen oder in ernste Schwierigkeiten gerielen, und dadurch die ganze deutsche Wirtschaft dem Bankrott nahebrachten? Nur dem besonnenen und opferwilligen Verhalten der arbeitenden Bevölkerung war es damals zu verdanken, daß eine Katastrophe vermieden wurde. Das Reich mußte mit Riesensummen einspringen, um den Zahlungsverkehr und das Kredit-system aufrecht zu erhalten. Damals war die Ueberzeugung ganz allgemein: so geht es nicht weiter, den Banken muß die freie Verfügung über das Kapital und Kreditwesen entzogen werden, der Staat soll es in die Hand nehmen und dafür sorgen, daß sich der Mißbrauch mit dem Kapitalverkehr nicht weiter fortsetzt! Die Regierung Brüning ist auf halbem Wege stehen geblieben. Sie hat die Großbanken in der bisherigen privaten Form weiter bestehen lassen, und sich als Gegenleistung für die gewährten Unterstützungen lediglich das Kontrollrecht gesichert. Unter der Regierung Papen droht die Gefahr, daß auch noch dieser halbe Schritt rückgängig gemacht und das Bankenwesen wiederum der privaten Spekulation ausgeliefert wird. Demgegenüber unsere Forderung: Verstaatlichung des gesamten Bankgewerbes!

Ähnliche trübe Erfahrungen wie mit dem Bankgewerbe hat das deutsche Volk auch mit dem Versicherungswesen ge-

macht. Unzählig sind die Zusammenbrüche großer Gesellschaften, die sich mit den verschiedensten Arten der Versicherung beschäftigen. Es gibt zwar ein Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung, aber dessen Befugnisse reichen nicht aus, um die Versicherungsnehmer vor Schaden zu bewahren. Deshalb auch hier: Verstaatlichung!

Wie fordern: Enteignung des Großgrundbesitzes!

Milliarden über Milliarden haben das Reich und die Länder in den verschuldeten Großgrundbesitz hineingesteckt. Trotzdem ist dessen Bankrott nicht aufzuhalten gewesen. Unter der Parole, daß der gesamten Landwirtschaft geholfen werden müsse, sind vornehmlich für die ostelbischen Großgrundbesitzer immer neue und kostspielige Hilfsaktionen durchgeführt worden. Die kleinen Landwirte und die Landarbeiter, aber auch die städtischen Verbraucher hatten von dieser Subventionswirtschaft nur Schaden. Es liegt im Interesse der gesamten deutschen Landwirtschaft, daß mit diesem System Schluß gemacht wird. Für den Großgrundbesitz müssen neue Betriebsformen angeordnet werden, der von der Sozialdemokratie ausgearbeitete Gesetzesentwurf zeigt den Weg dazu.

Der Großgrundbesitz, soweit er mehr als 200 Hektar umfaßt, soll enteignet werden. Er wird entweder als Großbetrieb weitergeführt, oder an Landarbeiter, Kleinbauern, Siedler, landwirtschaftliche Beamte aufgeteilt. Welche Betriebsform im einzelnen gewählt wird, hängt in jedem Fall davon ab, daß die wirtschaftlichste Ausnutzung des Grundbesitzes gewährleistet ist. Wird der Großbetrieb beibehalten, so soll er entweder öffentlich bewirtschaftet, oder in geeigneten Fällen den Landarbeitern zur genossenschaftlichen Bewirtschaftung überlassen werden. Bei der Aufteilung des Grundbesitzes soll er je nach den örtlichen Verhältnissen an landbedürftige Kleinbauern, vornehmlich Landarbeiter, verteilt oder zur Errichtung von lebensfähigen Bauernsiedlungen verwendet werden. Ausgenommen von der Aufteilung ist der forstwirtschaftliche Grundbesitz, der öffentlich bewirtschaftet werden muß.

Wie soll entschädigt werden?

Die Sozialdemokratische Partei ist sich darüber klar, daß eine entschädigungslose Enteignung nicht durchführbar ist, solange das

kapitalistisches Wirtschaftssystem als Ganzes besteht und die bürgerlichen Parteien die Mehrheit im Reichstag besitzen. In den sozialdemokratischen Gesetzesentwürfen sind daher auch Bestimmungen enthalten, die die Entschädigung der bisherigen Eigentümer vorsehen. Die Entschädigung soll nach dem tatsächlichen Nutzungswert der Anlagen erfolgen, höchstens jedoch zu den Börsenkursen vom 1. Juli 1932. Gewiß waren an diesem Tage die Börsenkurse nicht sehr hoch; aber die Notierung entspricht dem Werte, den die Unternehmer selbst ihren Betrieben beimessen. Enteignungen von Betrieben und Privatvermögen sind durchaus nichts Neues, sie wurden schon in zahllosen Fällen auch von kapitalistischen Regierungen durchgeführt. Wir erinnern daran, daß Bismarck sogar nicht vor der Enteignung deutscher Fürsten zurückgeschreckt ist. Beim Städtebau, bei der Anlage von Bahnen und Verkehrsstraßen werden immer wieder Enteignungen zugunsten des Staats oder der Gemeinden vorgenommen. Aber bisher haben die früheren Besitzer es immer verstanden, die Preise so hoch in die Höhe zu treiben, daß sie dabei ein glänzendes Geschäft machten. Die Sozialdemokratie will das verhindern und zu diesem Zweck setzt sie den 1. Juli 1932 als Stichtag für die Bewertung der Anlagen ein.

Den Großgrundbesitzern soll als Entschädigung eine Rente gewährt werden, die sich nach der Höhe des in den Jahren 1929 bis 1931 durchschnittlich versteuerten Einkommens bemißt. Es ist richtig, daß in diesen Jahren von den Großgrundbesitzern entweder gar keine oder nur eine sehr geringe Steuer gezahlt worden ist. Das bedeutet nichts anderes, als daß sie nach ihren eigenen Angaben aus dem Grundbesitz kein Einkommen bezogen hatten. Nach allen Grundsätzen des Rechts und der Moral, und auch nach den Gesetzen der kapitalistischen Wirtschaft bemißt sich der Wert einer Sache nach dem Gewinn, den sie abwirft. Aus diesem Grunde kann gegen die von der Sozialdemokratie vorgeschlagene Regelung nichts eingewendet werden. Um aber kein neues Unrecht entstehen zu lassen, soll dem enteigneten Großgrundbesitzer, wenn er über hinreichende landwirtschaftliche Kenntnisse verfügt, statt der Rente eine Siedlungsstelle überlassen werden. Wollen also die Großgrundbesitzer wirklich arbeiten, so bietet sich ihnen auch nach der Enteignung die Gelegenheit dazu.

Planmäßige Arbeitsbeschaffung

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion verlangt weiterhin in einigen Gesetzesentwürfen eine öffentliche planmäßige Arbeitsbeschaffung. Sie soll insbesondere umfassen öffentliche Arbeiten, Kleinwohnungsbau, Hausreparaturen, Siedlung, kollektive Selbsthilfe der Arbeitslosen und Schulung jugendlicher Erwerbsloser. Die dazu notwendigen Mittel sollen beschafft werden durch Bankkredite an die Lieferfirmen, aus den Reichsmitteln für Siedlungszwecke und für den freiwilligen Arbeitsdienst, sowie aus ersparten Unterstützungsmitteln; 500 Millionen Mark sollen aus dem Erlös einer Prämien- und Zwangsanleihe für Arbeitsbeschaffung aufkommen, die die Sozialdemokratie schon früher vorgeschlagen hatte und von der Brüning-Regierung auch durchgeführt werden sollte. Das Kabinett von Papen hat diese Absicht wieder zunichte gemacht. Sie gab dafür den Großunternehmern neue Milliarden Geschenke in Form von Steuererlassen und Zollerhöhungen, senkte die Arbeitslöhne und die Sozialleistungen und verschlechterte dadurch noch weiterhin die Lebenshaltung der breiten Massen.

Im Zusammenhang mit der Frage der Arbeitsbeschaffung steht die sozialdemokratische Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden wöchentlich. Die Unternehmer sollen verpflichtet werden, entsprechend der Verkürzung der Arbeitszeit neue Arbeitskräfte einzustellen. Die dadurch ersparten Unterstützungsmittel sind für den Lohnausgleich heranzuziehen.

Hilfe für die Notleidenden

Die Arbeitslosenunterstützungen, die Sozialrenten und die Versorgung der Kriegsbeschädigten soll vorerst wieder auf den Stand vor der Notverordnung vom 4. Juni 1932 gebracht werden. Durch diese Forderung will die Sozialdemokratie wenigstens einen Teil des Unrechts wieder gut machen, das den hilfsbedürftigen Volksteilen durch den Abbau der sozialen Leistungen zugefügt worden ist. Bei einer wirtschaftlichen Wiedergesundung und bei einer Besserung der öffentlichen Finanzen müssen alle Sozialleistungen zum mindesten wieder auf den Stand gebracht werden, den sie dank der Arbeit der Sozialdemokratie bis zum Jahre 1930 erreicht hatten.

Im Winter 1932/33 sollen alle Empfänger von öffentlichen Unterstüzungen und Renten eine zusätzliche Winterhilfe erhalten. Sie soll für jeden Unterstüzungsempfänger 4,5 Zentner Kartoffeln, 20 Zentner Kohlen und 26 Pfund verbilligten Fleisches betragen. Die Kartoffeln werden heute zum großen Teil an das Vieh verfüttert oder zu Spiritus gebrannt. Auf den Halben der Bergwerke türmen sich die Kohlenbestände, weil der Absatz immer geringer wird. Die Landwirte klagen darüber, daß sie ihr Vieh nicht so verwerten können, wie es dem Aufwand an Zeit und Arbeit entspricht. Hier wird ein Ausweg gezeigt, der bei gutem Willen beschritten werden kann. Er hilft allen Beteiligten, ohne daß daraus dem Reich erhebliche Kosten entstehen.

An bedürftige Mieter von Altwohnungen, insbesondere an arbeitslose Sozialrentner, sollen Mietbeihilfen im Gesamtbetrag von 250 Millionen Mark gezahlt werden. Für die Senkung der Neubaumieten sind 150 Millionen Mark bereitzustellen, dabei wären vor allem bedürftige Mieter, sowie Wohnungen und gewerbliche Räume mit unverhältnismäßig hohen Mieten zu berücksichtigen. Die Regierung Brüning hatte zwar durch Notverordnung die Kapitalkzinsen und damit auch die Wohnungsmieten gesenkt. Aber die Mieter von Neubauwohnungen wurden davon nur zum Teil erfaßt und bei den hilfsbedürftigen Altmietern war die Mietenkung zu gering. Die sozialdemokratische Vorlage zeigt einen Weg, wie auch diesen Volksschichten geholfen werden kann.

Die Sozialdemokratie fordert weiter, daß sämtliche landwirtschaftliche und gärtnerische Pachten um 30 Prozent, mindestens aber auf die Höhe der Vorkriegspachten gesenkt werden. Vor dem Kriege standen die landwirtschaftlichen und gärtnerischen Pächter ohne jeden wirklichen Schutz da. Erst die Sozialdemokratie hat einen Pachtzuschuß geschaffen. Der Großgrundbesitz verlangt schon seit langem, daß der Pachtzuschuß wieder beseitigt werde. Die Sozialdemokratie hat das bisher verhindert, sie fordert jetzt eine Erweiterung des Pachtzuschuges und die Anpassung der Pachtpreise an die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse.

Schließlich muß auch dem verarmten Mittelstand und den ohne eigene Schuld in Not geratenen Landwirten Hilfe gewährt werden. Aus diesem Grund fordert die Sozialdemokratie die Einrichtung eines Schuldeneinigungsamts, das von den in Not geratenen Schuldnern angerufen werden kann. Das Schuldeneinigungsamt soll die wirtschaftlichen Verhältnisse des Schuldners und des Gläubigers prüfen, Einigungen oder Schiedsprüche her-

beiführen, durch die die Schuldverhältnisse hinsichtlich der Zinsen, der Schuldsomme und der Kündigungsfristen geändert werden. Die Sozialdemokratie will nicht, wie die bürgerlichen Parteien, unerfüllbare Hoffnungen im Mittelstand und bei der Landwirtschaft erwecken. Aber bei der Verwirklichung ihrer Vorschläge können die notleidenden Schuldner vor der Vernichtung ihrer Existenz gerettet werden.

Wer bringt die Mittel auf?

In den vergangenen Jahren sind die breiten Massen durch Steuern, Zölle und Abgaben immer von neuem belastet worden, während die besitzenden Klassen im wesentlichen davon verschont geblieben sind. Die Sozialdemokratische Partei verlangt, daß mit diesem Zustande ein Ende gemacht wird. Zur Vinderung der Not des Volkes müssen in allererster Linie die Kreise herangezogen werden, die auch in der Wirtschaftskrise noch leistungsfähig geblieben sind. „Anpassung an die Armut der Nation“ hat Herr v. Papen gewünscht. Nun gut, paßt endlich auch das Einkommen und das Vermögen der besitzenden Klassen an die Armut der Nation an! Um die Kosten der von ihr geforderten sozialen Maßnahmen zu decken, verlangt die Sozialdemokratie im einzelnen:

Von allen Einkommen über 8000 Mark wird eine Notabgabe erhoben, die von 8 bis zu 15 Prozent des Einkommens gestaffelt ist. Von allen Vermögen über 20 000 Mark wird eine Notabgabe erhoben, die ein bis zwei Prozent beträgt. Die Erbschaftsteuer wird durch einen Notzuschlag von 30 Prozent der bisherigen Steuererträge erhöht. Außerdem soll das Gattenerbe versteuert werden, wenn es 20 000 Mark überschreitet. Der Luxusverbrauch wird durch eine erhöhte Umsatzsteuer von 10 Prozent belastet. Weiter verlangt die Sozialdemokratie die Offenlegung der Steuerlisten und die Nachprüfung aller Steuererlässe und Steuerstundungen über 20 000 Mark durch einen Ausschuß des Reichstags.

Die Zigaretten- und Rauchtobakindustrie, sowie der Erdölvertrieb sollen monopolisiert, das heißt in Staatsunternehmungen umgewandelt werden. Diese Gewerbegruppen befinden sich in der Ruhezuführung einiger weniger Kapitalgruppen. Ihre Ueberführung in Staatsmonopole macht nicht die geringsten Schwierigkeiten. An dem Wesen des Tabakwarenhandels würde sich dadurch nichts ändern, denn nicht der Mittelstand,

Sondern das Großkapital soll durch diese Maßnahme getroffen werden. Die Sozialdemokratie verlangt ferner die **Umstellung des Branntweinmonopols**. Es soll nicht länger gezwungen sein, vornehmlich im Interesse des Großgrundbesitzes zu arbeiten.

Es wird weiter die **Herabsetzung der hohen Gehälter und Pensionen** gefordert. In den öffentlichen Verwaltungen und Unternehmungen, bei Unternehmungen, die aus öffentlichen Mitteln gestützt werden, soll die **Höchstgrenze aller Gehälter 12 000 Mark jährlich nicht überschreiten**. Die Pensionen dürfen **höchstens 6000 Mark im Jahr betragen**, auf sie werden alle steuerpflichtigen Einkünfte angerechnet, sofern das Gesamteinkommen 3000 Mark überschreitet. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion kämpft schon seit Jahren um eine Herabsetzung der hohen Gehälter und Pensionen. Am Widerstand der bürgerlichen Parteien ist die Durchsetzung dieser Forderung bisher gescheitert.

Fort mit den Fürstenabfindungen!

Als ein **unerhörtes Unrecht** muß es bezeichnet werden, daß es noch immer einige Duzend ehemaliger fürstlicher und standesherrlicher Familien gibt, die über **Millionenbesitz und Millioneneneinkommen** verfügen. Diese Werte gehören dem **ganzen Volke**. Die Sozialdemokratische Partei hat im Jahre 1926 durch einen Volksentscheid diesem Unrecht ein Ende zu machen versucht. Leider erhielt sie damals nicht die erforderliche Mehrheit für ihre Forderung. Da die ehemaligen Fürsten selbst in der zehigen Notzeit nicht an einen Verzicht auf die ihnen nicht zustehenden Vermögen und Einkommen denken, so müssen sie durch Gesetz dazu gezwungen werden. Die Sozialdemokratie verlangt deshalb, daß alle staatlichen Leistungen an ehemalige fürstliche und standesherrliche Familien sofort **eingestellt werden**. Sämtliche Schlösser, Güter, Forsten und sonstiger Grundbesitz, sowie die Kunstsammlungen der ehemaligen Fürsten sind **entschädigungslos zugunsten der Kriegsoffer zu enteignen**.

Und nun eine Frage:

Wir fragen jetzt noch einmal: **Kann irgend jemand behaupten, daß auch nur einer der von der Sozialdemokratie im Reichstag eingebrachten Gesekentwürfe unerfüllbare Forderungen enthält?**

Kann es einen Arbeiter, Angestellten, Beamten, kleinen Gewerbetreibenden oder Landwirt geben, der der Annahme dieser Gesekentwürfe widerspräche?

Die besitzenden Klassen, die den größten Teil der Presse und auch die bürgerlichen Parteien beherrschen, sind freilich von vornherein gegen einen Umbau der Wirtschaft, gegen die Sozialisierung und Verstaatlichung der dafür reifen Industrien. Auch die Großgrundbesitzer werden es vorziehen, weiterhin Milliarden-geschenke vom Staat entgegenzunehmen, als daß sie freiwillig ihr überschuldetes und schlecht bewirtschaftetes Land der Allgemeinheit zur Verfügung stellen. Und die ehemaligen Fürsten denken zu allerletzt daran, ihre riesigen Besitztümer dem Volk zurückzugeben.

Von den besitzenden Klassen ist also nichts zu erwarten. **Umso mehr müssen sich die Volksmassen regen, damit die Forderungen der Sozialdemokratie zur Wirklichkeit werden.**

Und um diese Forderungen gilt es jetzt zu kämpfen.

Eines der wirksamsten Mittel in diesem Kampf ist der **Stimmzettel**. Mit dem Anwachsen der Zahl der nationalsozialistischen Mandate im Reichstag und in den Landtagen hat sich die wirtschaftliche Lage immer weiter verschlechtert, sind die Löhne und Unterstützungen zurückgegangen, die sozialen Leistungen **abgebaut** worden.

Jetzt muß der parlamentarische Einfluß der Sozialdemokratie so **gestärkt werden**, daß sie den Widerstand der bürgerlichen Parteien gegen ihre Forderungen brechen kann.

Darüber hinaus müssen auch die **außenparlamentarischen Kampfmittel** des werktätigen Volkes angewendet werden. Wer an der großen Volksbewegung um die Durchführung der von uns wiedergegebenen Gesekentwürfe teilnehmen will, der gehört als **Mitglied in die Sozialdemokratische Partei** und die freien Gewerkschaften, der muß die Arbeiterpresse lesen und öffentlich seinem Willen Ausdruck geben.

Nicht Glaube, sondern Wissen, Erkenntnis und Kampf.

Ein großer deutscher Dichter, Friedrich Schiller, hat einmal geschrieben: **„In deiner Brust sind deines Schicksals Sterne!“** Was bedeutet das? Wir sollen nicht warten, bis uns ein Gott, ein Hitler oder ein Sterngucker den Himmel auf Erden bringt. Die Sterne in deiner Brust, das ist der Wille, die Dinge so zu

sehen, wie sie sind und nicht wie wir sie uns wünschen. Das ist der Wille, die Ursachen unserer Not zu erkennen und die Mittel anzuwenden, die zu ihrer Ueberwindung erforderlich sind.

Daraus ergibt sich die Schlußfolgerung, daß alle, die durch die Ereignisse der vergangenen Jahre müde oder verzweifelt wurden, sich in die Reihen der kämpfenden Arbeiterklasse eingliedern müssen. Kampf ist Leben, Kampf ist Erfüllung!

Her zu uns, tragt mit der Sozialdemokratie die Volksbewegung vorwärts zur Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft,

zum Aufbau der sozialistischen Welt!